

Die Veränderung der Lebensverhältnisse nach der Wende - Anlaß für eine neue Revolution?

Opp, Karl-Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Opp, K.-D. (1996). Die Veränderung der Lebensverhältnisse nach der Wende - Anlaß für eine neue Revolution? In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 595-616). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140467>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Veränderung der Lebensverhältnisse nach der Wende – Anlaß für eine neue Revolution?

*Karl-Dieter Opp**

Die Medien in der Bundesrepublik vermitteln ein Bild über den Zustand in den neuen Bundesländern, das sich so charakterisieren läßt: Die Bürger haben – gemäß den Versprechungen vieler Politiker – erwartet, daß die Wende ihnen unverzüglich den Wohlstand der alten Bundesländer beschert und daß sie nach der Wende generell nicht schlechter gestellt sind als zu DDR-Zeiten. Stattdessen ist die erwartete Verbesserung der materiellen Situation ausgeblieben. Dieser Sachverhalt und insbesondere der Abbau sozialer Leistungen hat zu so hoher Unzufriedenheit geführt, daß oft die Situation in der alten DDR in positivem Licht erscheint.

Wenn die Situation in den neuen Bundesländern von den Bürgern wirklich so negativ bewertet wird, wie die Medien dies suggerieren, warum gibt es dann keine umfassenden Proteste für umfassende soziale Veränderungen? Dies wäre um so eher zu erwarten, als gegenwärtig – im Gegensatz zu 1989 – solche Proteste ohne die Gefahr staatlicher Repression stattfinden könnten. Vielleicht ist mit solchen umfassenden Protesten in Zukunft zu rechnen, wenn sich die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern nicht relativ schnell entscheidend verbessern? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Aufsatzes. Im folgenden werden zunächst einige Hypothesen darüber formuliert, welche Arten von Lebensverhältnissen in welcher Weise politisches Engagement beeinflussen könnten. Sodann werden diese Hypothesen mittels einer 1993 durchgeführten Umfrage bei 725 Leipziger Bürgern überprüft.

Gesellschaftlicher Wandel, persönliche Lebensverhältnisse und Anreize für politisches Engagement

Bei der Beantwortung der Frage, wie die Veränderung persönlicher Lebensumstände auf politisches Engagement wirkt, gehen wir zunächst davon aus, daß –

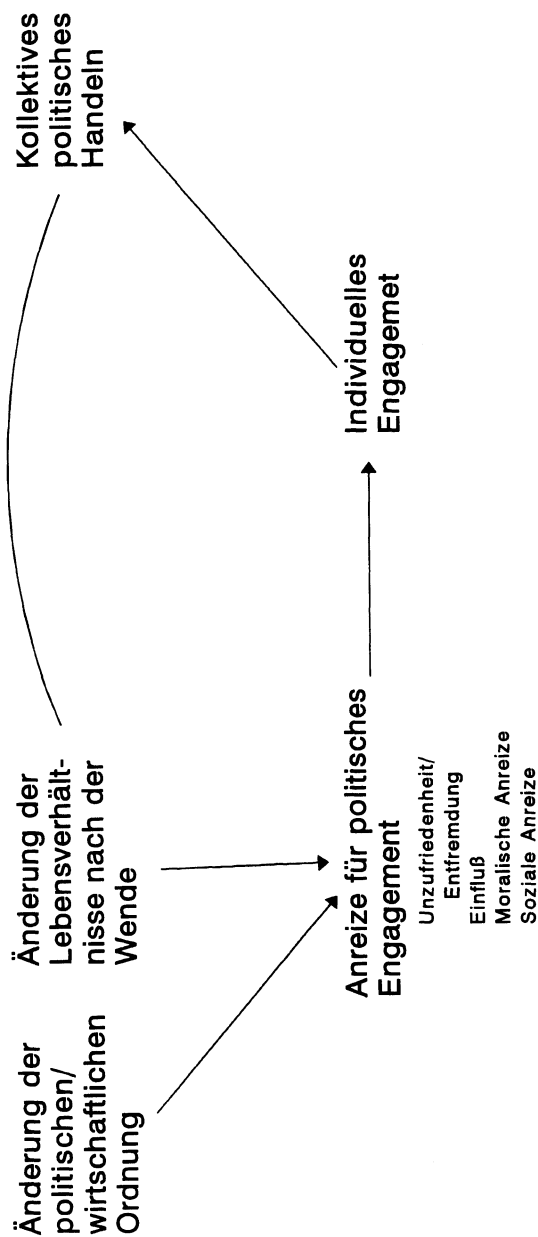
gemäß vorliegender Forschungsergebnisse – die folgenden Faktoren eine direkte Wirkung auf politisches Engagement haben (siehe hierzu zusammenfassend Opp 1993; zu den folgenden Überlegungen siehe zusammenfassend *Abbildung 1*).

Erstens hat sich gezeigt, daß sich Personen um so eher engagieren, je *unzufriedener* sie mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation und auch mit der politischen Ordnung generell sind. Die Unzufriedenheit mit der politischen Ordnung wird als *Entfremdung* bezeichnet. Allerdings besteht kein einfacher Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit und Protest, sondern Unzufriedenheit wirkt um so stärker auf politisches Engagement, je stärker der *wahrgenommene persönliche politische Einfluß* ist, durch politisches Engagement Veränderungen herbeiführen zu können. Zweitens spielen *moralische Anreize* für politisches Handeln eine Rolle: Je stärker man sich verpflichtet fühlt, z.B. etwas gegen als ungerecht empfundene politische Entscheidungen zu unternehmen, desto eher engagiert man sich. Entsprechend erhöht auch das Ausmaß, in dem man Rechtfertigungen für politische Gewalt akzeptiert, die Beteiligung an illegalem oder gewaltsamem politischen Handeln. Weiter bestätigen viele empirische Untersuchungen die These, daß *soziale Anreize* eine wichtige Determinante politischen Engagements sind. Hierunter sind insbesondere erwartete Belohnungen der sozialen Umwelt für Engagement zu verstehen. Dazu gehört das Ausmaß, in dem Bezugspersonen Engagement positiv einschätzen, in dem man Mitglied in protestfördernden Gruppen ist und in dem man Freunde und Arbeitskollegen hat, die den politischen Entscheidungen der Regierung kritisch gegenüberstehen. Kurz gesagt: Je stärker Personen in protestfördernde soziale Netzwerke integriert sind, desto eher engagieren sich. Je nach der Verteilung der individuellen Anreize bei den Bürgern wird es zu individuellen politischen Handlungen kommen, die auf der Aggregatebene Demonstrationen, Straßenblockaden etc. hervorbringen. Die genannten Anreize haben also einen direkten Effekt auf politisches Engagement. Dies ist die erste These.

Unsere zweite These lautet: Wenn die Lebensverhältnisse politisches Engagement beeinflussen, dann verändern sie politisches Engagement nur *indirekt*, und zwar über die Anreize. So wäre es denkbar, daß Arbeitslosigkeit zu einer Erhöhung politischer Unzufriedenheit führt, die wiederum ein Anreiz für politisches Engagement ist. Unser in *Abbildung 1* dargestelltes Modell impliziert, daß die Änderung der Lebensverhältnisse und politisches Engagement zwar *korrelieren* können. Falls Korrelationen bestehen, handelt es sich jedoch nicht um kausale Effekte.

Veränderungen der Anreize für politisches Engagement könnten auch durch die Veränderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung bedingt sein. Zu diesen gesamtgesellschaftlichen Änderungen gehören die Möglichkei-

Abbildung 1: Persönliche Lebensverhältnisse und kollektives politisches Handeln



Anmerkung: Pfeile bezeichnen positive kausale Beziehungen. Die geschwungene Linie symbolisiert eine Korrelation.

ten, freiwillige Vereinigungen zu gründen, Demonstrationen zu organisieren oder ohne die Gefahr staatlicher Repression an Demonstrationen teilnehmen zu können. Solcher gesamtgesellschaftliche Wandel dürfte z.B. den wahrgenommenen Einfluß, durch politisches Engagement einen Beitrag zur Erreichung bestimmter Ziele zu leisten, erhöht haben. Im folgenden werden wir uns jedoch nur mit den Wirkungen der persönlichen Lebensumstände auf die Anreize für politisches Engagement befassen.

Ressourcen-Ausstattung und Anreize für politisches Engagement

In unserem in *Abbildung 1* dargestellten Modell bleibt folgende Frage offen: Welche Art der Veränderung der persönlichen Lebensverhältnisse könnte welche Anreize für politisches Engagement beeinflussen? Eine erste plausible These ist, daß sich diejenigen Bürger der neuen Bundesländer, bei denen die berufliche, wirtschaftliche und soziale Position nach dem Umbruch niedriger als vor dem Umbruch ist, am ehesten engagieren. Ein solcher *Verlust persönlicher Ressourcen* bedeutet, daß die Realisierung der Lebensziele beeinträchtigt ist. Dies könnte z.B. zu starker politischer Unzufriedenheit führen und politisches Engagement verstärken.

Bei vielen Bürgern der neuen Bundesländer hat sich nach dem Umbruch zwar ihre Ressourcen-Ausstattung nicht verändert, sie haben jedoch von dem Umbruch nicht profitiert wie viele Mitbürger. Die neue Ordnung hat für diese Personen zwar politische Freiheiten, aber keine sonstige Verbesserung der Lebensverhältnisse – im Vergleich zu anderen Bürgern – gebracht. Generell könnte ein solcher *relativer Ressourcenverlust* Anreize für politisches Engagement erhöht haben.

Die ehemalige DDR war durch ein hohes Ausmaß sozialer Sicherheit charakterisiert. Hierzu gehörte, daß keine Unsicherheiten über die berufliche Zukunft bestanden. Diese Voraussagbarkeit ist für viele berufliche Positionen nach dem Umbruch verloren gegangen. Dadurch wird für viele Menschen die Möglichkeit der Lebensplanung, d.h. die Möglichkeit, den Einsatz von Ressourcen und damit die Befriedigung von Lebenszielen langfristig zu planen, vermindert. Auch eine erwartete gleichbleibende Ausstattung mit Ressourcen bedeutet aufgrund der Inflationsrate faktisch sozialen Abstieg. Wir vermuten, daß eine unsichere, sinkende oder auch gleichbleibende *zukünftige* Ressourcen-Ausstattung die Anreize für politisches Engagement erhöhen könnte.

Wir unterscheiden also *drei Arten der Ressourcen-Ausstattung*, die einen in-

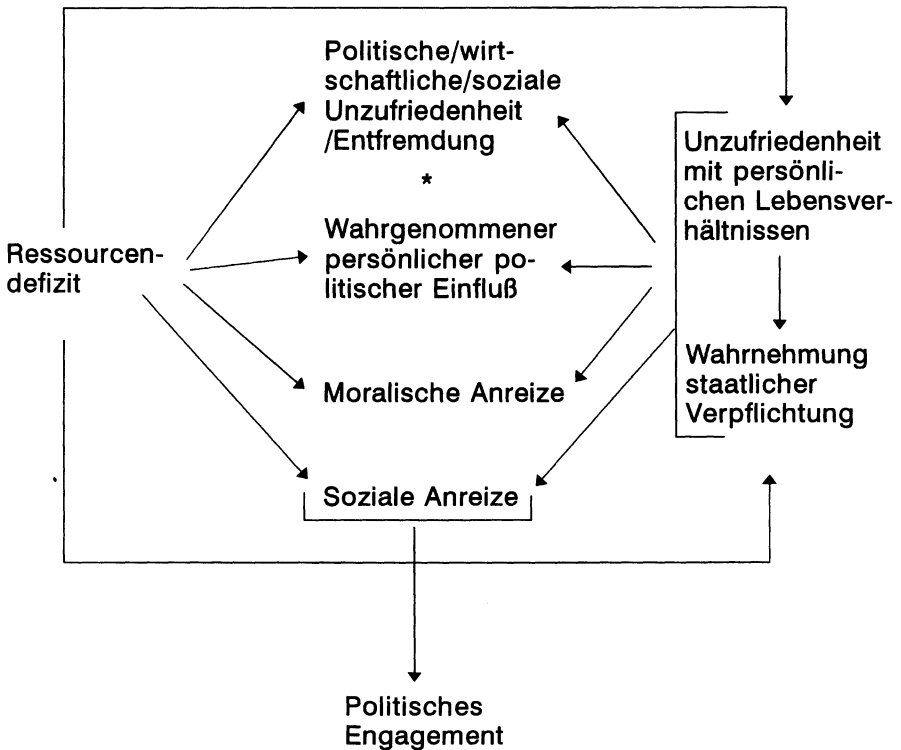
direkten Einfluß auf politisches Engagement haben könnten: Verlust von Ressourcen; Verfügung über ein relativ geringes Ausmaß von Ressourcen; Erwartung unsicherer, sinkender oder gleichbleibender zukünftiger Ressourcen. Zusammenfassend wollen wir diese Zustände als *defizitäre Ressourcen-Ausstattung* oder auch als *Ressourcendefizit* bezeichnen. Die These, die geprüft werden soll, lautet also: Je defizitärer die Ressourcen-Ausstattung ist, desto größer sind die Anreize für politisches Engagement.

Diese These läßt folgende Frage offen: Welche *Arten* von Anreizen für politisches Engagement könnten durch eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung verändert werden? Der Leser mag die folgenden Überlegungen anhand von *Abbildung 2* verfolgen. Wir sagten, daß die zur Verfügung stehenden Ressourcen die Realisierung persönlicher Lebensziele der Individuen beeinflussen. Wir vermuten entsprechend, daß eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung zu hoher politischer, wirtschaftlicher und sozialer *Unzufriedenheit* führt. Weiter vermuten wir, daß eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung die politische und ideologische *Entfremdung* erhöht. »Politische Entfremdung« bezieht sich auf die Ablehnung der gegenwärtigen politischen Ordnung, »ideologische Entfremdung« bedeutet eine relativ positive Bewertung der ehemaligen DDR.

Frühere Untersuchungen haben folgende These bestätigt (vgl. Opp 1989, S. 239 ff.; Opp und Roehl 1990, S. 126 – 127): Je geringer die Ausstattung mit Ressourcen ist, desto geringer ist der wahrgenommene persönliche politische *Einfluß*. Zu den persönlichen Ressourcen gehört z. B. die Schulbildung. Entsprechend glaubten Personen mit hoher Schulbildung, daß sie politisch einflußreich sind oder sein könnten, wenn sie sich engagierten. Andererseits dürfte die gegenwärtige Ressourcen-Ausstattung in den neuen Bundesländern meist als temporär oder als prinzipiell relativ leicht veränderbar angesehen werden, etwa durch gemeinsames politisches Engagement. Wir erwarten also eher, daß ein hohes Ressourcendefizit dazu führt, daß man glaubt, durch politisches Engagement die Situation ändern zu können.

Es hat sich gezeigt, daß *Protestnormen* unter bestimmten Bedingungen gelten (vgl. Opp, Voß und Gern 1993, Kap. V). U. a. fühlen sich viele Personen nur dann zu politischem Engagement verpflichtet, wenn sie glauben, dadurch auch Veränderungen herbeiführen zu können. Wenn man annimmt, daß eine geringe Ressourcen-Ausstattung zu einem hohen wahrgenommenen Einfluß führt, dann ist zu erwarten, daß man sich auch zu politischem Engagement verpflichtet fühlt. Weiter zeigen Untersuchungsergebnisse, daß man sich insbesondere bei hoher Unzufriedenheit zu Engagement verpflichtet fühlt. Wenn man annimmt, daß bei vielen Bürgern der ehemaligen DDR die Unzufriedenheit groß ist, dann dürfte dies ebenfalls zur Aktualisierung von Protestnormen beitragen. Wir vermuten

Abbildung 2: Lebensverhältnisse, Anreize und politisches Engagement



Anmerkung: Alle Pfeile bezeichnen positive kausale Effekte.

* symbolisiert einen Interaktionseffekt von Unzufriedenheit und Einfluß.

also: Ein hohes Ressourcendefizit erhöht die moralischen Anreize für politisches Engagement.

Wenn jemand eine Verpflichtung zu *illegalem* Engagement wahrnimmt oder zumindest Rechtfertigungen für Gewalt oder illegale politische Aktionen akzeptiert, dann gehört dies auch zu den moralischen Anreizen. Wir vermuten, daß eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung in einem so hohen Maße als ungerecht empfunden wird, daß Gewalt gegen den Staat, der diese Situation verursacht hat, als gerechtfertigt oder sogar als gewollt angesehen wird.

Schließlich könnte ein hohes Ressourcendefizit, das von der sozialen Umwelt wahrgenommen wird, dazu führen, daß von der sozialen Umwelt politisches Engagement erwartet oder zumindest ermutigt wird, oder daß man in soziale Netzwerke wechselt, in denen Engagement positiv bewertet wird. Wenn dies der Fall ist, dann ist zu erwarten, daß ein hohes Ressourcendefizit die *sozialen Anreize* für politisches Engagement erhöht.

Der Begriff »Ressourcen-Ausstattung« bezeichnet bestimmte *Sachverhalte*. Da Ressourcen für die Erreichung von Lebenszielen von Bedeutung sind, ist eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung mit Unzufriedenheit verbunden. Da nicht jede Person dieselben Bedürfnisse hat, könnten Personen bei gegebener Ressourcen-Ausstattung – z. B. bei gegebenem verfügbarem Nettoeinkommen – in unterschiedlichem Maße mit dieser Ausstattung unzufrieden sein. Weiter dürfen viele Bürger ihre Bedürfnisse den Möglichkeiten zur Befriedigung der Bedürfnisse anpassen. Es wäre weiter denkbar, daß viele Bürger eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung als notwendige Konsequenz des Umbruchs ansehen und bereit sind, eine gewisse Zeit auf Ressourcen zu verzichten. In der gegenwärtigen Situation erscheint es aber eher plausibel, daß ein hohes Ressourcen-Defizit zu Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen führt.

Wenn wir von dieser Hypothese ausgehen, dann fragt es sich, ob die Ressourcen-Ausstattung oder eher die *Unzufriedenheit mit der Ressourcen-Ausstattung* die Anreize für politisches Engagement verändert. Wir vermuten, daß die Unzufriedenheit einen stärkeren Effekt auf die genannten Anreize hat als die Ressourcen-Ausstattung.

Die meisten Bürger sind vermutlich der Meinung, daß Politiker oder Behörden durch geeignete Maßnahmen ihre Situation ändern können. Bürger unterscheiden sich jedoch in dem Maße, in dem sie eine staatliche Verpflichtung, bestimmte Lebensverhältnisse zu gestalten, bejahen. Die genannten Anreize für politisches Engagement sind vermutlich um so stärker, in je höherem Maße man meint, der Staat sei verpflichtet, eine hinreichende Ausstattung mit Ressourcen zur Verfügung zu stellen – z.B. geeignete Wohnungen oder einen Arbeitsplatz.

Wir vermuten weiter, daß sowohl eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung als auch die Unzufriedenheit damit dazu führen, daß man eine staatliche Verpflichtung wahrnimmt, diese Situation zu ändern. Dies wird durch die folgenden Überlegungen plausibel. Angenommen, einem Bürger der neuen Bundesländer geht es nach dem Umbruch insgesamt besser als vorher, lediglich seine Wohnsituation hat sich verschlechtert. Vielleicht wird er dies als ein Problem ansehen, das er selbst zu lösen hat. Wenn ein Bürger jedoch zusätzlich arbeitslos ist, wenn viele seiner Freunde und Familienangehörigen arbeitslos sind, und wenn er eine weitere Verschlechterung seiner Lebenssituation erwartet, dann wird er vermutlich

dem Staat die Aufgabe zuschreiben, für ein gewisses Ausmaß an »Lebensqualität« zu sorgen. Es könnte eine Art *Generalisierungseffekt* auftreten. Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen und ein hohes Ressourcendefizit führen dazu, daß *allgemein* der Staat als verpflichtet angesehen wird, für angemessene Lebensverhältnisse zu sorgen.

Untersuchungsergebnisse

Wir haben unsere in *Abbildung 2* zusammengefaßten Hypothesen mittels einer Umfrage bei 725 Leipziger Bürgern überprüft, die im Herbst 1993 interviewt wurden. Bei 513 dieser 725 Personen handelt es sich um Befragte der zweiten Welle einer Panelstudie (vgl. zu ersten Welle, die 1990 erhoben wurde, Opp, Voß und Gern 1993). Verschiedene Vergleiche mit offiziellen Daten von Leipzig wie z. B. mit der Altersverteilung lassen vermuten, daß diese Stichprobe sowohl die Stichprobe der ersten Befragung als auch die Bevölkerung von Leipzig relativ gut repräsentiert. Weiter verwenden wir eine Zufallsstichprobe von 212 Leipziger Bürgern, die ebenfalls im Herbst 1993 interviewt wurden. Beide Stichproben wurden gepoolt, um die Zuverlässigkeit der Ergebnisse bei einer Reihe schiefer Verteilungen zu erhöhen.¹

Alle bisher genannten Variablen wurden mittels eines Fragebogens gemessen. *Tabelle 1* gibt eine Übersicht über die Indikatoren, aus denen die additiven Skalen der Anreiz- und Protestvariablen konstruiert wurden.² *Tabelle 2* faßt die Indikatoren für die defizitäre Ressourcen-Ausstattung zusammen.

Persönliche Lebensverhältnisse, Unzufriedenheit und die Wahrnehmung staatlicher Verpflichtung zur Bereitstellung von Ressourcen

Inwieweit trifft unser in *Abbildung 2* zusammengefaßtes Modell zu? Prüfen wir zuerst, inwieweit die Ressourcen-Ausstattung die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen beeinflußt (siehe den obersten Pfeil in *Abbildung 2*). Zur Messung des Ressourcendefizits haben wir die 17 Arten von Ressourcen (*Tabelle 2*) zu einer Skala »Ressourcendefizit« zusammengefaßt: Jede Ressourcen-Variable wurde auf einen Wertebereich von 0 bis 1 transformiert, damit jede Variable bei der zu konstruierenden Skala das gleiche Gewicht hat. Sodann wurden für jeden Befragten die Werte der Variablen addiert und durch die Anzahl der Variablen dividiert. Hohe Werte dieser Skala bezeichnen also ein hohes Ressourcendefizit.³

Neben diesem Gesamtmaß haben wir für jeden in *Tabelle 2* erwähnten Bereiche (z. B. »Arbeitslosigkeit« und »Wirtschaftliche Lage«) eine Skala in der vorher beschriebenen Weise gebildet. So bestand die Skala »Ressourcendefizit im Bereich Wohnen« aus dem Durchschnitt der beiden Indikatoren »zu hohe Miete« und »schlechtere Wohnsituation als vor dem Umbruch«.

Die Unzufriedenheit mit der Ressourcen-Ausstattung besteht aus folgenden Arten der Unzufriedenheit. (1) *Generelle Unzufriedenheit mit der Ressourcen-Ausstattung*: Die Befragten gaben an, ob sie sich als Gewinner (Kodierung 1), teils als Gewinner und teils als Verlierer (Kodierung 2), oder als Verlierer der Vereinigung (Kodierung 3) sehen. (2) *Unzufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit*; (3) *Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage*; (4) *Unzufriedenheit mit dem persönlichen monatlichen Netto-Einkommen*; und (5) *Unzufriedenheit mit der Wohnsituation*. Darüber hinaus haben wir aus den Maßen 1 bis 4 eine Gesamtskala *Unzufriedenheit mit der gesamten eigenen wirtschaftlichen Situation* gebildet. Indikator 1 (Verlierer der Vereinigung) wurde in diese Skala aufgenommen, weil er aufgrund der Ergebnisse einer Faktorenanalyse am ehesten ein Maß für *wirtschaftliche* Unzufriedenheit ist.⁴

Tabelle 1: Die Messung politischen Engagements und der Anreize für politisches Engagement

Politisches Engagement

Legalere Protest	Bereitschaft zu/Ausführung von: Unterschriften sammeln/geben, Teilnahme an Demonstrationen, Briefe an Abgeordnete, Mitarbeit in Bürgerinitiative
Konventionelle Partizipation	Bereitschaft zu/Ausführung von: Besuch einer politischen Veranstaltung, sich im Wahlkampf für eine Partei oder einen Kandidaten einsetzen, in einer Partei aktiv mitarbeiten,
Illegaler Protest	Bereitschaft zu/Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen, Hausbesetzungen, Verkehrsblockaden, Sit-Ins

Unzufriedenheit und Einfluß

Politische Unzufriedenheit	Unzufriedenheit mit Wiedervereinigung, Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung, Asylpolitik der Bundesregierung, etc.
Wirtschaftliche Unzufriedenheit	Unzufriedenheit mit Höhe der Mieten, Preise in den neuen Bundesländern, Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern etc.

Soziale Unzufriedenheit	Unzufriedenheit mit Leistungen des Gesundheitssystems, der Kinderbetreuung, dem Zusammengehörigkeitsgefühl in den neuen Bundesländern etc.
Politische Entfremdung	Kein fairer politischer Prozeß in der BRD, grundlegende Rechte der Bürger nicht geschützt, negative Bewertung der Demokratie in der BRD
Ideologische Entfremdung	Sozialismus im Grunde gute Idee, hätte sozialistische DDR mit Demokratie und marktwirtschaftlichen Elementen vorgezogen
Wahrgenommener Einfluß	Wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, etwas ändern zu können, durch jede der drei genannten Arten politischen Engagements.

Moralische Anreize

Protestnormen	Man sollte sich engagieren bei Unzufriedenheit; wenn man etwas erreichen kann; auch dann, wenn man ins Gefängnis kommt etc.
Rechtfertigungen für Gewalt	Gewalt gegen Sachen/Personen kann moralisch gerechtfertigt sein.

Soziale Anreize

Erwartungen von Bezugspersonen	Ausmaß positiver Bewertung <i>legalen</i> und <i>illegalen</i> Engagements durch Personen, die für Befragten wichtig sind
Mitgliedschaft in protestfördernden Gruppen	Anzahl der Mitgliedschaften in <i>legalen</i> und <i>illegalen</i> Protest fördernden Gruppen
Anzahl kritischer und aktiver Freunde	Anzahl von Freunden, die kritisch gegenüber Zuständen in neuen Bundesländern sind, die an politischen Aktionen nach dem 18. März teilnahmen
Anzahl kritischer und aktiver Kollegen	Messung wie vorangegangene Variable, jedoch gewichtet mit Enge der Beziehung zu Kollegen

Tabelle 3 zeigt zuerst die Ergebnisse von Regressionsanalysen mit den Ressourcendefiziten als unabhängigen und den Unzufriedenheitsvariablen als abhängigen Variablen.⁵ Ein hohes Ressourcendefizit im *Bereich Arbeit* hat entgegen unseren Erwartungen nur einen schwachen Effekt auf die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage und sogar einen negativen Effekt auf berufliche Unzufriedenheit. Dieser Effekt ist allerdings durch Multikollinearität zu erklären: Die entsprechende bivariate Korrelation beträgt 0,15. Eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung im *beruflichen Bereich* hat die erwarteten Wirkungen – mit Ausnahme des negativen Koeffizienten von -0,12 (die bivariate Korrelation beträgt

Tabelle 2: Indikatoren für die Ausstattung mit Ressourcen

Bereich Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit: Gegenwärtig arbeitslos, von Kurzarbeit betroffen, nach dem Umbruch arbeitslos gewesen, Familienangehörige ohne Arbeit, Freunde ohne Arbeit, Partner oder Partnerin ohne Arbeit.

Beruflicher Bereich: Geringere Anforderungen am Arbeitsplatz, Unsicherheit des Arbeitsplatzes, geringe Aufstiegsmöglichkeiten, geringes Ansehen des Berufes.

Bereich wirtschaftliche Lage: Schlechtere eigene wirtschaftliche Lage als vor dem Umbruch, Erwartung schlechterer eigener wirtschaftlicher Lage in der Zukunft, geringes persönliches monatliches Netto-Einkommen.

Bereich Wohnen: Zu hohe Mieten, schlechtere Wohnsituation als vor dem Umbruch.

Bereich soziale Netzwerke: Weniger Kontakte, weniger »herzliche« Kontakte.

Tabelle 3: Die Wirkungen von Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen und staatlicher Verpflichtung zur Daseinsfürsorge auf die Ausstattung mit Ressourcen^a

Unabhängige Variablen	Verlierer der Vereinigung	Unzufriedenheit mit				Unzufried. mit wirtsch. Gesamtsituation
		Wohnen	Wirtsch. Lage	Einkommen	Beruf	
REGRESSIONEN						
Ressourcendefizit im Bereich:						
Arbeit	0,02	0,02	0,10*	0,04	- 0,15**	- 0,06
Beruf	0,07	- 0,01	0,16**	- 0,12**	0,55**	0,54**
wirtsch. Lage	0,43**	0,01	0,40**	0,29**	0,17**	0,41**
Wohnen	0,17**	0,46**	0,12**	0,16**	0,07	0,17**
Korrigiertes R ²	0,26	0,21	0,26	0,14	0,28	0,52
KORRELATIONEN						
Gesamtmaß						
Ressourcendefizit	0,29**	0,13**	0,41**	0,09*	0,43**	0,62**
N (mindestens)	723	725	389	725	389	388

^a Standardisierte Regressionskoeffizienten, paarweise Eliminierung von fehlenden Werten.

* signifikant auf dem 0,05-Niveau; ** signifikant auf dem 0,01-Niveau.

-0,08), den wir nicht erklären können: Sie erhöht erwartungsgemäß insbesondere die Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation. Generell gilt: Je größer das Ressourcendefizit in einem bestimmten Bereich ist, desto größer ist auch die Unzufriedenheit in diesem Bereich.

Der untere Teil der Tabelle enthält die bivariaten Korrelationen zwischen unserem Gesamtmaß für ein Ressourcendefizit und den einzelnen Unzufriedenheitsmaßen. Alle Korrelationen sind statistisch signifikant und positiv: Generell führt also ein hohes Ressourcendefizit zu Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen.

Eine weitere Hypothese unseres Modells (*Abbildung 2*) lautet, daß ein hohes Ressourcendefizit und hohe Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen dazu führen, daß in hohem Maße eine *staatliche Verpflichtung* zur Bereitstellung geeigneter Ressourcen wahrgenommen wird. Wir haben getrennt ermittelt, inwieweit ein Befragter glaubt, daß der Staat für geeignete Arbeitsplätze und für geeignete Wohnungen zu sorgen hat. *Tabelle 4* zeigt zunächst, daß die verschiedenen Arten von Unzufriedenheit keine Wirkungen haben – mit einer Ausnahme: Wenn man sich als Verlierer der Vereinigung bezeichnet, dann nimmt man in relativ starkem Maße eine Verpflichtung des Staates wahr. Ein Ressourcendefizit wirkt nicht auf die Wahrnehmung staatlicher Verpflichtung.

Wenn Unzufriedenheit den erwarteten Generalisierungseffekt hat, dann müßte eine Unzufriedenheitsskala aus den drei Indikatoren »Unzufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit«, »Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage« und »Unzufriedenheit mit dem Einkommen« einen relativ starken Effekt auf die beiden Indikatoren für staatliche Verpflichtung haben. Eine Regressionsanalyse mit einer solchen Skala ergibt einen solchen Effekt nicht.

Persönliche Lebensverhältnisse und Anreize für politisches Engagement

Betrachten wir nun denjenigen Teil unseres Modells, der die Wirkungen der Variablen Ressourcendefizit, Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen und wahrgenommene staatliche Verpflichtung auf die Anreize für politisches Engagement beschreibt. Zur Prüfung dieser Hypothesen haben wir Regressionsanalysen berechnet, in denen die Anreizvariablen (siehe die erste Spalte von *Tabelle 5*) abhängige und die sich auf die Lebensverhältnisse beziehenden (im Kopf von *Tabelle 5*) angeführten Fakten unabhängige Variablen sind. Eine solche multivariate Analyse ist sinnvoll, weil nur so u. a. geprüft werden kann, inwieweit eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung unabhängig von der Unzufriedenheit mit dieser Ausstattung wirkt. Wir verwenden unsere beiden

Tabelle 4: Unzufriedenheit mit der Ressourcen-Ausstattung, Ressourcendefizit und die Wahrnehmung staatlicher Verpflichtung zur Bereitstellung von Ressourcen (Regressionsanalysen)

Unzufriedenheit	Wahrgenommene Verpflichtung staatlicher Fürsorge bei	
	Wohnen	Arbeit
Verlierer der Vereinigung	0,16**	0,24**
Unzufriedenheit mit		
beruflicher Tätigkeit	- 0,07	- 0,03
wirtschaftlicher Lage	- 0,02	- 0,08
Einkommen	0,01	0,07
Wohnsituation	0,04	- 0,04
Ressourcendefizit	0,04	0,05
Korrigiertes R ²	0,02	0,05

* signifikant auf dem 0,05-Niveau;

** signifikant auf dem 0,01-Niveau. N ist mindestens 383 und höchstens 721.

Gesamtmaße »Ressourcendefizit« und »Unzufriedenheit mit der (eigenen) wirtschaftlichen Gesamtsituation«, da wir keine Hypothesen über die Wirkungen einzelner Arten von Ressourcendefiziten bzw. Unzufriedenheiten auf die Anreize formuliert haben.

Zum Verständnis der Beziehungen zwischen den von uns ermittelten Arten der *Unzufriedenheit* (einschließlich Entfremdung), die wir als Anreize bezeichnet haben, und der Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen ist an die unterschiedliche Messung dieser beiden Variablengruppen zu erinnern – siehe die *Tabellen 1* und *2*. Die Anreizvariablen bezeichnen *allgemeine* Unzufriedenheit, während die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen sich auf die *persönliche* Situation des Befragten bezieht. Betrachten wir nun die Wirkungen der Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen. Insbesondere die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation hat klare positive Effekte auf alle Arten der allgemeinen Unzufriedenheit. Die Vorstellung, der Staat sei zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen oder Wohnungen verpflichtet, hat insgesamt nur geringe Effekte auf die generelle Unzufriedenheit. Eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung *vermindert* in einigen Fällen die allgemeine Unzufriedenheit. Diese negative Effekte sind durch Multikollinearität zu

erklären: Alle bivariaten Korrelationen sind positiv. Es zeigt sich also, daß nicht die bloße Ausstattung mit Ressourcen, sondern die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation die politische, wirtschaftliche, soziale Unzufriedenheit und auch die Entfremdung erhöht. Hier findet also in der Tat ein Generalisierungseffekt statt: Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation erhöht nicht nur die allgemeine wirtschaftliche, sondern die allgemeine Unzufriedenheit insgesamt.

Unsere These, daß eine geringe Ressourcen-Ausstattung oder auch eine hohe Unzufriedenheit mit dieser Ausstattung den *wahrgenommenen Einfluß* erhöht, hat sich nicht bestätigt, wie *Tabelle 5* zeigt: Kein einziger Effekt ist statistisch signifikant.

Auf die *moralischen Anreize* wirkt nur Unzufriedenheit mit der gesamten wirtschaftlichen Situation. Diese führt zur Akzeptierung von Protest- und Gewaltnormen.

Hinsichtlich der *sozialen Anreize* finden wir Wirkungen der Unzufriedenheit mit der gesamten wirtschaftlichen Situation. Die negativen Koeffizienten von $-0,37$ und $-0,15$ sind durch relativ hohe Multikollinearität zu erklären: die entsprechenden bivariaten Korrelationen betragen $0,01$ und $0,002$. Die signifikante positive Beziehung zwischen »Unzufriedenheit mit der gesamten wirtschaftlichen Situation« und »Anzahl kritischer Freunde« bedeutet vermutlich, daß bei hoher wirtschaftlicher Unzufriedenheit Freunde politisches Engagement ermutigen.

Eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung hat erstens eines starken positiven Effekt auf die Anzahl kritischer Kollegen ($\text{Beta} = 0,59$). Dieser Koeffizient ist auf die Kodierung der »kritischen Kollegen« und auf die Art der statistischen Analyse zurückzuführen. Den nicht erwerbstätigen Befragten wurde bei der Anzahl der kritischen Kollegen der Wert Null zugeordnet. Da die Regressionsanalyse sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige Personen berücksichtigt, ergibt sich, daß die erwerbstätigen Personen sozusagen automatisch mehr kritische Kollegen haben. Entsprechend beträgt die bivariate Korrelation zwischen Ressourcendefizit und Anzahl kritischer Kollegen für alle Befragten $0,37$. Berücksichtigt man dagegen nur die erwerbstätigen Personen (in dieser Analyse $N = 384$), dann beträgt die Korrelation nur noch $-0,02$. Bei den erwerbstätigen Personen führt also ein hohes Ressourcendefizit weder dazu, daß man kritische Kollegen als Interaktionspartner wählt, noch dazu, daß Kollegen als kritisch gegenüber politischen Entscheidungen wahrgenommen werden.

Wenn tatsächlich die Lebensverhältnisse einen Effekt auf die sozialen Anreize hätten, dann müßte vor allem eine geringe Ressourcen-Ausstattung die sozialen Anreize erhöhen. Diese ist am ehesten sichtbar und müßte dazu führen, daß

Tabelle 5: Die Wirkungen defizitärer Ressourcen-Ausstattung, Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen und wahrgenommener staatlicher Verpflichtung auf die Anreize für politisches Engagement^a

<i>Abhängige Variablen (Anreize)</i>	<i>Unabhängige Variablen</i>					
	Unzufriedenheit mit			Staatliche Verpflichtung		
	Ressour- cendefizit	gesamter wirtsch. Situation	Wohnsi- tuation	Arbeit	Wohnung	R ²
<i>Unzufriedenheit</i>						
Politische Unzufriedenheit	- 0,09	0,42**	0,09	0,10	0,01	0,16
Wirtschaftliche Unzufriedenheit	- 0,23**	0,58**	0,14**	0,11*	0,04	0,28
Soziale Unzufriedenheit	- 0,01	0,33**	0,08	0,08	0,04	0,13
Politische Entfremdung	- 0,11	0,36**	0,05	0,08	0,06	0,11
Ideologische Entfremdung	- 0,18	0,40**	0,03	0,19**	0,02	0,16
<i>Wahrgenommener Einfluß</i>						
Einfluß durch legalen Protest	0,05	- 0,11	- 0,01	0,003	0,06	- 0,002
Einfluß durch konvent. Partiz.	0,03	- 0,12	- 0,07	0,004	0,02	0,004
Einfluß durch illegalen Protest	0,01	0,10	0,02	- 0,02	0,02	0,001
<i>Moralische Anreize</i>						
Protestnormen	- 0,11	0,22**	- 0,02	0,05	0,01	0,03
Gewaltnormen	- 0,11	0,15*	- 0,01	0,05	- 0,07	0,01
<i>Soziale Anreize</i>						
Erwartungen legalen Protests						
von Bezugspersonen	0,08	- 0,02	0,02	- 0,01	- 0,02	- 0,01
Erwartungen illegalen Protests						
von Bezugspersonen	- 0,01	0,10	0,02	0,05	- 0,02	- 0,001
Anzahl kritischer Kollegen	0,59**	- 0,37**	- 0,04	0,07	0,02	0,21
Anzahl kritischer Freunde	- 0,05	0,18**	0,05	0,06	0,03	0,03
Mitgliedschaft in legalen Protest						
fördernden Gruppen	0,25**	- 0,15*	- 0,06	- 0,02	0,03	0,03
Mitgliedschaft in illegalen Protest						
fördernden Gruppen	- 0,06	0,07	0,04	- 0,05	- 0,002	- 0,01

a Standardisierte Regressionskoeffizienten.

* statistisch signifikant auf dem 0,05-Niveau;

** statistisch signifikant auf dem 0,01-Niveau.

die soziale Umwelt Protest ermutigt, bzw. daß die Befragten solche Ermutigung wahrnehmen. Wenn wir einmal von den kritischen Kollegen absehen, so hat die Ressourcen-Ausstattung nur einen Effekt auf die Mitgliedschaft in Gruppen, die legalen Protest fördern ($\beta = 0,25$). Hier handelt es sich, wie unsere Daten zeigen, vor allem um Mitgliedschaft in der Gewerkschaft: Zwischen Ressourcendefizit und Gewerkschaftsmitgliedschaft besteht eine Korrelation von 0,20, während Ressourcendefizit nicht mit der Mitgliedschaft in irgendwelchen anderen Gruppen korreliert. Darüber hinaus wird von den meisten Befragten wahrgenommen, daß in der Gewerkschaft die Teilnahme an legalen (aber nicht illegalen) Protestformen ermutigt wird.

Aus unseren Befunden ergeben sich einige Hinweise darauf, inwieweit die Veränderung der Lebensverhältnisse die Bereitschaft zu *illegalem politischen Engagement* – und das schließt politische Gewalt ein – fördert. Es bestehen keine Beziehungen zwischen den Variablen, die sich auf die Lebensverhältnisse beziehen, einerseits und Anreizen für *illegales Engagement* andererseits – mit einer Ausnahme: Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation fördert die Akzeptierung von Rechtfertigungen für Gewalt gegen Personen oder Sachen. Allerdings beträgt der standardisierte Regressionskoeffizient nur 0,15 und ist nur signifikant auf dem 0,05-Niveau. Wenn die Veränderung der Lebensverhältnisse zur Gewaltbereitschaft führt, dann wäre am ehesten zu erwarten, daß Arbeitslosigkeit mit Anreizen für illegales Engagement korreliert. Dies ist aber nicht der Fall: Die Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit⁶ und den erwähnten Anreizen für illegales Engagement ist in keinem Falle größer als 0,10. So beträgt die Korrelation mit Gewaltnormen 0,06. Insgesamt zeigen also unsere Befunde, daß weder eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung noch eine hohe Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen die Anreize für illegales politisches Handeln beeinflussen.

Persönliche Lebensverhältnisse, Anreize und politisches Engagement

Wir sind bisher davon ausgegangen, daß die erwähnten Anreizvariablen Determinanten politischen Protests sind. Diese Hypothese soll nun geprüft werden. Hierzu haben wir für jede unserer abhängigen Variablen (legalen Protest, konventionelle Partizipation, illegalen Protest) Regressionsanalysen mit den in *Tabelle 6*, Spalte 1, aufgeführten Anreizvariablen berechnet.⁷ Die in *Tabelle 6* dargestellten Ergebnisse (siehe die Spalten 2, 5 und 8) zeigen, daß für alle abhängigen Variablen Unzufriedenheit und Einfluß die stärksten Effekte haben. Weiter hat Mitgliedschaft in protestfördernden Gruppen in allen drei Analysen statistisch

signifikante Effekte. Die übrigen Anreize haben in mindestens einer Analyse keinen Effekt. Insgesamt zeigt sich, daß unsere Anreizvariablen, wie erwartet, Determinanten politischen Engagements sind.

Unser Modell impliziert, daß die Variablen, die sich auf die Lebensverhältnisse beziehen, durchaus Engagement beeinflussen können. Wenn dies der Fall ist, dann müßten diese Effekte jedoch verschwinden oder zumindest stark reduziert werden, wenn diese Variablen gemeinsam mit den Anreizvariablen in eine Regression einbezogen werden. Denn wir behaupten, daß die Anreizvariablen Be-

Tabelle 6: Die Wirkungen von Anreizen und persönlichen Lebensverhältnissen auf politisches Engagement

	Legalier Protest			Konvent. Partizipation			Illegaler Protest		
	An-reize	Le-bens-verh.	Ge-samt-modell	An-reize	Le-bens-verh.	Ge-samt-modell	An-reize	Le-bens-verh.	Ge-samt-modell
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Anreize									
Unzufriedenheit*									
Einfluß	0,23**		0,24**	0,37**		0,38**	0,31**		0,31**
Normen	0,20**		0,21**	0,05		0,07	0,10**		0,09
Erwartungen von									
Bezugspersonen	0,08*		0,08	0,09**		0,08	0,09**		0,09
Kritische Freunde	0,19**		0,19**	0,05		0,08	0,14**		0,14**
Kritische Kollegen	0,06**		0,05	0,03		- 0,04	0,04		0,05
Mitglied in protest-förd. Gruppen	0,15**		0,15**	0,23**		0,20**	0,08*		0,08
Lebensverhältnisse									
Ressourcendefizit		0,07	0,05		0,18**	0,18**		- 0,03	- 0,02
Unzufried. mit ges. wirtsch. Situation		0,06	- 0,02		- 0,09	- 0,17**		0,19**	0,06
Unzufried. mit Wohnsituation		- 0,002	- 0,004		- 0,03	- 0,02		- 0,01	- 0,03
Staatliche Verpflichtung									
Arbeit		0,02	- 0,02		0,01	- 0,03		- 0,01	- 0,04
Wohnen		0,05	0,02		0,04	0,02		- 0,01	- 0,02
Korrigiertes R ²	0,35	0,01	0,33	0,31	0,01	0,31	0,22	0,02	0,21

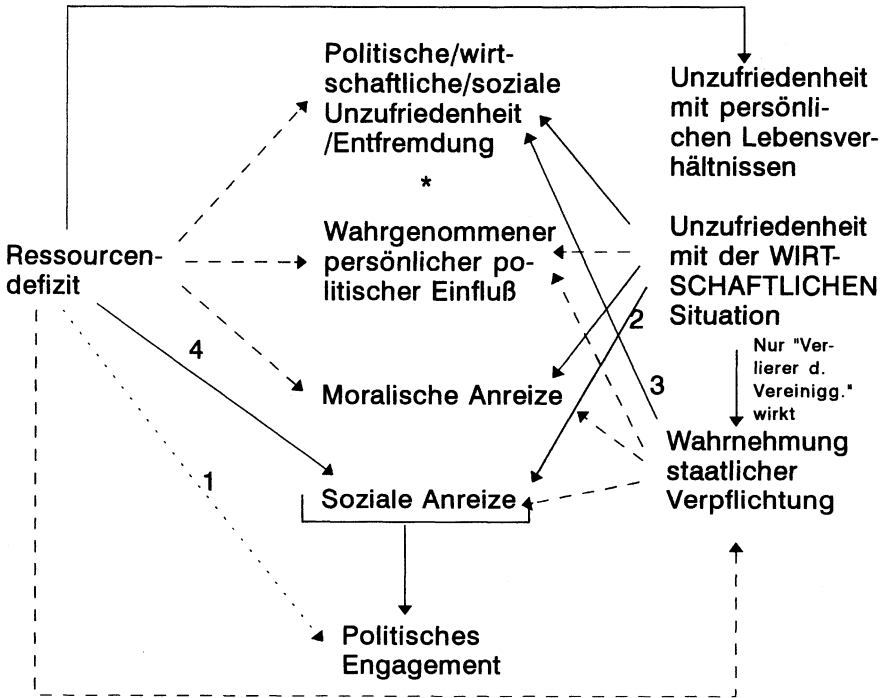
ziehungen zwischen den genannten Variablen und Protest erklären können. Um diese These zu prüfen, haben wir zunächst für jede abhängige Variable ein Modell berechnet, in das nur die sich auf die Lebensverhältnisse beziehenden Variablen einbezogen wurden – siehe die Spalten 3, 6 und 9. Unsere Analysen zeigen, daß insgesamt nur zwei statistisch signifikante Effekte vorliegen: Auf »konventionelle Partizipation« hat eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung und auf »illegalen Protest« Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation einen signifikanten Effekt. Weiter zeigt sich, daß die erklärten Varianzen äußerst gering sind: Sie betragen 0,01 und 0,02.

Da nur die beiden zuletzt genannten Variablen einen Effekt haben, können auch nur diese durch die Anreizvariablen erklärt werden. Wie die Ergebnisse in Spalte 7 zeigen, bleibt der Koeffizient der Variablen »Ressourcendefizit« von 0,18 (die bivariate Korrelation beträgt 0,11) im Gesamtmodell bestehen. Die Beziehung zwischen Ressourcendefizit und konventioneller Partizipation läßt sich also nicht durch die Anreize erklären – obwohl »Ressourcendefizit« mit einer Reihe von Anreizvariablen deutliche Korrelationen aufweist. Berechnet man allerdings das Gesamtmodell ohne die Variable »Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation« – die bivariate Korrelation dieser Variablen mit »Ressourcendefizit« beträgt 0,62 –, dann ist der Koeffizient für Ressourcendefizit nicht mehr statistisch signifikant. Für illegalen Protest ist der Koeffizient der Variablen »Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation« im Gesamtmodell nicht mehr signifikant, wenn die Anreizvariablen in die Analyse einbezogen werden (siehe Spalte 10). Insgesamt zeigt sich, daß die Variablen, die sich auf die Lebensverhältnisse beziehen, das Auftreten von Engagement nicht erklären können. Dies zeigt sich besonders deutlich daran, daß die erklärten Varianzen der Gesamtmodelle nicht größer sind als die der Anreizmodelle.

Ist die Situation reif für eine neue Revolution?

Bevor wir diese Frage beantworten, wollen wir die Ergebnisse unserer Analysen zusammenfassen – siehe *Abbildung 3*. Eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung hat im allgemeinen keinen Einfluß auf die Anreize für politisches Engagement. Ein hohes Ressourcendefizit korreliert lediglich mit Gewerkschaftsmitgliedschaft – und Gewerkschaften werden als eine protestfördernde Gruppe eingestuft. Die stärksten Effekte auf die Anreize hat die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation: Vor allem erhöht sie die allgemeine politische, wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit und zusätzlich die politische und

Abbildung 3: Bestätigte und widerlegte Hypothesen



- 1 Diese Beziehung besteht nur für konventionelle Partizipation (für legalen und illegalen Protest besteht die Beziehung nicht).
- 2 Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation wirkt nur auf Anzahl kritischer Freunde, also auf keine anderen sozialen Anreize.
- 3 Nur die Wahrnehmung staatlicher Verpflichtung zur Bereitstellung eines Arbeitsplatzes hat einen Effekt.
- 4 Ressourcendefizit wirkt nur auf die Mitgliedschaft in protestfördernden Gruppen (Gewerkschaft).

Durchgezogene Pfeile bedeuten bestätigte Hypothesen; gestrichelte Pfeile symbolisieren widerlegte Hypothesen; der gepunktete Pfeil bezieht sich auf eine gefundene, aber nicht vorausgesagte Beziehung.

Wenden wir uns der Frage zu: Ist die Zeit reif für eine neue Revolution – oder zumindest für umfassende Proteste? Unsere Untersuchungsergebnisse zeigen, daß die zentrale Variable für die Veränderung der Anreize für politisches Engagement die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation ist (siehe *Abbildung 3*). Wie groß auch immer die Effekte dieses Faktors sind: Wenn das *Ausmaß* der Unzufriedenheit gering ist, dann werden die Anreize für Engagement auch nur geringfügig erhöht. Die zentrale Frage lautet also: Wie unzufrieden sind die ostdeutschen Bürger? Stimmt das früher erwähnte, von der Presse suggerierte Bild eines total frustrierten Bürgers der neuen Bundesländer? Wenn dieses Bild zuträfe, dann wäre z.B. zu erwarten, daß unsere Befragten fast alle mit ihrem persönlichen monatlichen Netto-Einkommen äußerst unzufrieden sind. Unsere Daten zeigen, daß 59 % der 707 Befragten mit einer gültigen Antwort zufrieden und sehr zufrieden, nur 3 % unzufrieden und 9 % sehr unzufrieden sind. Eine unserer Interviewfragen lautete, ob sich die Befragten als Gewinner, Verlierer, oder teils als Gewinner und teils als Verlierer der Vereinigung sähen. Von den 723 Befragten mit einer gültigen Antwort bezeichneten sich 15 % als Verlierer, 28 % als Gewinner, und 56 % teils als Gewinner und teils als Verlierer. Ein weiterer Befund ist von Interesse: Unser Gesamtmaß für eine defizitäre Ressourcen-Ausstattung, die ja auf die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation wirkt, kann zwischen 0 und 1 variieren. Der Mittelwert beträgt nur 0,28 (mit einer Standardabweichung von 0,12). Diese Befunde stützen keineswegs das Bild des total frustrierten Ostdeutschen. Entsprechend dürfte die Unzufriedenheit mit der persönlichen wirtschaftlichen Situation keineswegs so groß sein, daß eine Veränderung der Anreize zu erwarten ist, die zu umfassenden Massenprotesten führt.

Aber selbst wenn die Unzufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen groß wäre, dann ist deren Wirkung auf die Anreize für Protest keineswegs so groß, daß mit umfassenden Massenprotesten zu rechnen wäre. Diese geringe Wirkung der Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen auf die Anreize für Protest erklärt vermutlich auch, daß nach dem Umbruch keine Massenproteste auftraten – *wenn* die Unzufriedenheit zu diesem Zeitpunkt größer war als sie heute ist.

Generell vermute ich, daß in Wohlfahrtsstaaten, in denen generell die Sicherung der materiellen Lebensverhältnisse relativ weit fortgeschritten ist, Proteste aus wirtschaftlichen Gründen selten sind. Zwei Beispiele illustrieren dies. Obwohl die wirtschaftliche Situation in der ehemaligen DDR im Vergleich zur heutigen Situation relativ schlecht war, hat, wie die Forschungsergebnisse der ersten Welle unserer Studie zeigen, die wirtschaftliche Unzufriedenheit keine Wirkung auf die Teilnahme an den Protesten in der ehemaligen DDR gehabt. Betrachtet

man die Teilnehmer an Protesten der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik, dann wurde nicht für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in dem hier beschriebenen Sinne demonstriert. Atomkraftwerke, die Stationierung von Raketen und Umweltverschmutzung waren die Themen, die Bürger auf die Straße brachten. Die Bürger, die auf die Straße gingen, gehörten überwiegend der Mittelschicht an.

Die Antwort auf die Ausgangsfrage – den Titel dieses Aufsatzes: Die Veränderung der Lebensverhältnisse nach der Wende: Anlaß für eine neue Revolution? – lautet also: Nein. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei betont, daß diese Antwort nur bedeutet: Es ist nicht zu erwarten, daß aufgrund der materiellen Lebensverhältnisse umfassende Proteste entstehen werden. Dies schließt nicht aus, daß andere soziale Probleme einen Anreiz für neue Proteste geben könnten.

Anmerkungen

* Dieser Aufsatz basiert auf einem Forschungsprojekt, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde.

- 1 Die Unterschiede bei einer Reihe demographischer Variablen beider Stichproben waren relativ gering. Um weitere Unterschiede zu ermitteln, haben wir zunächst eine Dummyvariable »Zusatz« gebildet: Befragte der Panelstudie erhielten den Wert 0, Befragte der repräsentativen Zusatzstudie den Wert 1. Alle Regressionsanalysen der Tabellen 3 bis 5 und die Gesamtmodelle von *Tabelle 6* wurden noch einmal unter Einbeziehung der Variablen »Zusatz« berechnet. Die Koeffizienten der Dummyvariablen waren meist nicht signifikant. Bei den Analysen von *Tabelle 5* traten jedoch eine Reihe signifikanter Effekte mit negativen Vorzeichen auf. D. h. für Mitglieder der Zusatzstichprobe waren die Anreize für politisches Engagement *geringer* als für die Mitglieder der Panel-Stichprobe. Damit dürfte die Zusatzstudie eine gute Ergänzung der Panelstudie sein, in der vielleicht der Anteil der politisch engagierten Personen leicht überrepräsentiert ist.
- 2 Bei der Bildung aller Skalen wurden die fehlenden Werte der Einzelindikatoren, soweit es sich nicht um dichotome Variablen handelte, durch Mittelwerte ersetzt – vorausgesetzt, die Anzahl der Mittelwerte war geringer als 5 % der Befragten.
- 3 Eine Reihe von Interviewfragen über die Arten von Ressourcen wurden nur einem Teil der Befragten gestellt. So wurden Arbeitslose nicht danach gefragt, wie sicher sie ihren Arbeitsplatz einschätzten. In solchen Fällen wurde den Befragten der Wert 0 zugeordnet, da ja kein Defizit im Hinblick auf die gemessenen Ressourcen vorlag. Bei der Frage nach der Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage gaben insgesamt 193 Personen die Antwort »weiß nicht«. Da auch hier kein Ressourcendefizit vorliegt,

- wurde ebenfalls der Wert 0 zugewiesen. Dies geschah auch bei den restlichen insgesamt 8 fehlenden Werten.
- 4 In die Faktorenanalyse wurden die genannten Indikatoren 1 bis 5 einbezogen. Es ergab sich zwar ein einziger Faktor, der Indikator »Unzufriedenheit mit der Wohnsituation« lud jedoch so gering, daß wir ihn als getrennte Variable verwenden.
 - 5 Bei der Regression wurden die *fehlenden Werte paarweise eliminiert*. Da einige Indikatoren nur für Erwerbstätige gemessen wurden, hätte eine Eliminierung aller Fälle mit nur einem einzigen fehlenden Wert dazu geführt, daß sich die Ergebnisse nur auf Erwerbstätige beziehen. Der paarweise Ausschluß berücksichtigt dagegen auch Arbeitslose, wenn die entsprechenden Fragen an diese gestellt wurden.
 - 6 Es handelt sich um eine dichotomisierte Variable mit den Werten »nein« und »ja«. Unsere Stichprobe enthält 66 Arbeitslose.
 - 7 Die drei Unzufriedenheitsvariablen (politische, wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit) und die beiden Entfremdungsvariablen (politische und ideologische Entfremdung) wurden zunächst additiv zu einer einzigen Unzufriedenheitsskala zusammengefaßt (wobei die Variablen die gleichen Wertebereiche haben). Für die Regressionen mit legalem Protest, konventioneller Partizipation und illegalem Protest wurde diese Unzufriedenheitsskala jeweils mit der betreffenden Einflußvariablen (also Einfluß durch legalen Protest, durch konventionelle Partizipation und durch illegalen Protest) multipliziert und in die jeweilige Regression als komplexer Interaktionsterm einbezogen. »Protestnormen« wurden in den Regressionen für legalen Protest und konventionelle Partizipation, »Gewaltnormen« in der Regression für illegalen Protest berücksichtigt, »Erwartungen legalen Protests von Bezugspersonen« wurde als Determinante für legalen Protest und konventionelle Partizipation, und »Erwartungen illegalen Protests von Bezugspersonen« als Determinante für illegalen Protest verwendet. Gleiches geschah für die Mitgliedschaft in legalen bzw. illegalen Protest ermutigenden Gruppen. Die Skalen »kritische Freunde« und »kritische Kollegen« wurden in allen Regressionsanalysen verwendet.

Literatur

- Opp, Karl-Dieter, in Zusammenarbeit mit Peter und Petra Hartmann (1989), *The Rationality of Political Protest. A Comparative Analysis of Rational Choice Theory*. Boulder.
- Opp, Karl-Dieter (1993), Politischer Protest als rationales Handeln: Eine Anwendung des ökonomischen Ansatzes zur Erklärung von Protest. In: Bernd-Thomas Ramb/Manfred Tietzel (Hg.): *Ökonomische Verhaltenstheorie*. München.
- Opp, Karl-Dieter; Roehl, Wolfgang (1990), *Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Determinanten politischen Protests*. Opladen.
- Opp, Karl-Dieter; Voß, Peter; Gern, Christiane (1993), *Die volkseigene Revolution*. Stuttgart.